ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Kolev, Stefan

Working Paper

Wider die "Après nous le déluge"-Logik: Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit

Ordnungspolitische Diskurse, No. 2012-01

Provided in Cooperation with:
OrdnungsPolitisches Portal (OPO)

Suggested Citation: Kolev, Stefan (2012) : Wider die "Après nous le déluge"-Logik: Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit, Ordnungspolitische Diskurse, No. 2012-01, OrdnungsPolitisches Portal (OPO), s.l.

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/67499

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

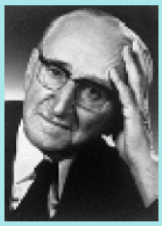
If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

OPO

Ordnungspolitische Diskurse
Discourses in Social Market Economy



Stefan Kolev

Wider die „Après nous le déluge“-Logik. Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit

Diskurs 2012 – 1

Stefan Kolev

Wider die „Après nous le déluge “-Logik. Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit

Abstract

Im Mittelpunkt dieses Beitrages steht ein besonderer Aspekt in der Diagnose der gegenwärtigen Krise, ihrer Ursachen sowie der bisherigen Lösungsversuche, nämlich die zu beobachtende Priorität des kurzfristigen Denkens in Politik und Wirtschaft. Diese myopische Perspektive, deren moderne Wurzeln im Keynes'schen Ausspruch „In the long run we are all dead“ ausgemacht werden, führen systematisch zu Praktiken in der Fiskal- und Geldpolitik, deren nachteilige langfristige Folgen nicht ins Kalkül der Akteure einfließen. Der Artikel will einen Dreiklang aufzuzeigen, dessen Elemente aus unterschiedlichen Blickwinkeln und mit unterschiedlichen Begründungen eine „Fristentransformation“ hin zu einer längerfristigen Orientierung bewirken können, falls die einzelnen Argumente überzeugen. Dazu werden drei ordnungspolitik-kompatible Staatsverständnisse, die Unerlässlichkeit vorhersehbarer Politik für Innovationen sowie das Prinzip der Nachhaltigkeit diskutiert, welche in ihrem Zusammenhang zu einem Plädoyer für eine intertemporale Haftung der langen Frist führen und die „Nicht-Alternativlosigkeit“ kurzfristiger Denkmuster verdeutlichen.

Keywords: Finanz- und Wirtschaftskrise, Ordnungsökonomik, Geschichte des ökonomischen Denkens

Prof. Dr. Stefan Kolev, Westsächsische Hochschule Zwickau, Postfach 201037, 08012 Zwickau | stefan.kolev@fh-zwickau.de

Stefan Kolev

Wider die „Après nous le déluge “-Logik. Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit

1. Einleitung

Der öffentliche Diskurs über wirtschaftspolitische Zusammenhänge weist sicherlich viele Merkwürdigkeiten auf. Eine zentrale Besonderheit ist dabei der Umgang mit wissenschaftlichen Begriffen und die Transformation, die solche Begriffe erfahren. Es wäre nicht übertrieben zu behaupten, dass das Schicksal häufig eines ist, bei dem mehr oder weniger präzise definierte wissenschaftlich Termini im Laufe der Zeit zu politischen Schlagworten geradezu verkommen. So ist es der Sozialen Marktwirtschaft ergangen, dem Neoliberalismus und eben auch der Ordnungspolitik. Alle sprechen darüber und versuchen vom Kapital des Begriffes zu zehren, wenige sagen aber, was sie damit genau meinen. Dieser Beitrag nimmt sich also ein ambitioniertes Ziel vor, wenn im Mittelpunkt der Analyse drei Begriffe stehen, die von einer solchen Sinnentstellung bedroht sind: Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit bilden den Dreiklang des Papiers. Sie werden von zahlreichen Politikern, Intellektuellen sowie Journalisten aus allen Teilen der Zeitung verwendet und bilden einen wesentlichen Punkt des heutigen wirtschaftspolitischen Diskurses. Wie kann man aber im theoretischen Sinne über sie und besonders über ihren Zusammenhang nachdenken?

Die folgende Abbildung zeigt das Dreieck, in dem diese Begriffe thematisiert und ihre möglichen Beziehungen erörtert werden können.

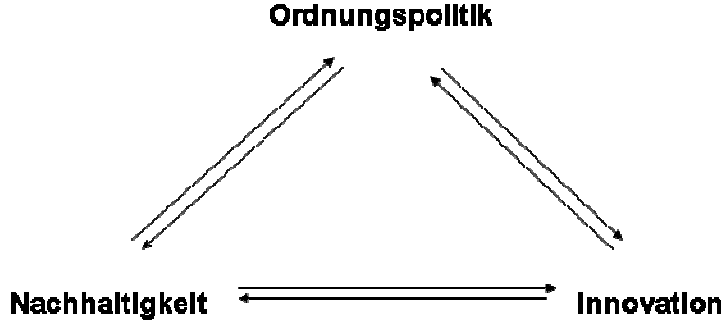


Abb. 1. Mögliche Interdependenzen zwischen den drei zentralen Konzepten; Eigene Darstellung

Wie kommt man aber dazu, drei so unterschiedlich gelagerte Konzepte überhaupt zueinander in Beziehung setzen zu wollen?

Wir leben in einer Krise, die bereits etliche Jahre dauert und bei der sich ein baldiges Ende nicht abzeichnet. Auch wenn Sozialwissenschaftler sehr wahrscheinlich lange benötigen werden, um alle Ursachen dieses Phänomens auszumachen und einen Konsens zu formulieren (was über die Große Depression noch nicht gelungen ist), sind bereits viele Erklärungsmuster im Umlauf. In diesem Beitrag wird eine Deutung gewählt, aus der sich die Verknüpfung der Konzepte Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit ergibt und die deshalb für die Argumentation von zentraler Bedeutung ist: Die Krise ist demnach eine Krise des kurzfristigen Denkens. Im Folgenden wird zunächst diese These erläutert, bevor anschließend überprüft wird, ob mittels der drei Konzepte eine „Fristentransformation“ im Denken und Handeln hin zu einer längeren Frist möglich ist.

2. Die Krise als Krise des kurzfristigen Denkens

Wie bereits angesprochen, konkurrieren viele Deutungen um die Erklärungshoheit über die momentanen krisenhaften Phänomene. Die Gier der Banker, die Geldflut der Zentralbanker sowie die Ausgabefreudigkeit der Politiker sind nur einige Ansätze, die Schieflagen der vergangenen Jahrzehnte zu erfassen. „Der“ Schuldige ist noch nicht ausgemacht, vielmehr handelt es sich um ein ganzes Orchester aus unterschiedlichsten Akteuren, deren interdependente Handlungen im Mittelpunkt des öffentlichen Verdachts stehen. Dieser Beitrag fokussiert seine Diagnose nicht auf einen einzelnen „Sündenbock“, sondern auf eine Verhaltensweise, die fast alle der obigen Akteure gemeinsam zu haben scheinen: die Priorität der kurzen Frist.

Wenn der menschliche Erwartungshorizont im Sinne der klassischen Dreiteilung in kurz-, mittel- und langfristige Intervalle unterteilt wird, so ist jedem nicht nur aus den unterschiedlichen Sozialwissenschaften, sondern auch aus den eigenen täglichen Verhaltensroutinen klar, dass jeder diesen drei Zeitfenstern unterschiedliches Gewicht zumessen kann. Die Präferierung der Gegenwart bei einem Haushalt mündet in mehr Konsum, eine höhere Gewichtung der längeren Frist tendenziell zu mehr Konsumverzicht und damit Ersparnis. Mit solchen intertemporalen Aspekten menschlicher Handlungen beschäftigt sich die Wissenschaft, seit es eine Wissenschaft über das Individuum und seine sozialen Interaktionen gibt. Auch in der

Ökonomik ist der intertemporale Charakter des Wirtschaftsprozesses seit Jahrhunderten ein wichtiger Topos der Theorieentwicklung, so steht er etwa bei den zahlreichen Debatten über Zins- und Kapitaltheorien stets an vorderster Stelle. Diese zu rekapitulieren, wäre hier der falsche Ort (vgl. Skousen (1990), S. 13-130). Jedenfalls kann es hilfreich sein, die unterschiedliche Gewichtung von kurzer und langer Frist einen Moment näher zu betrachten.

Die Ausgangsthese dieses Beitrages ist es, dass das kurzfristige Denken in den letzten Jahrzehnten die politischen Prozesse dominierend geprägt hat. Politiker aller Couleur und aller Institutionen in der westlichen Welt zeichnen sich sehr oft dadurch aus, dass sie Politiken präferieren, deren Vorteile sich (häufig nur) in der kurzen Frist auswirken. Ausgerüstet mit dem Keynes'schen Ausspruch „In the long run we are all dead" (Keynes (1923), S. 80), dessen Logik Friedrich August von Hayek in die Nähe der bekannten französischen Faustregel „Après nous le déluge" rückte (vgl. Hayek (1941), S. 410), waren und sind sowohl die Fiskal- als auch die Geldpolitik der westlichen Welt maßgeblich von einer Kurzfristorientierung gekennzeichnet. Die keynesianische Fiskalpolitik betrieb, Keynes' Rat ignorierend, ein „deficit spending" nicht nur in konjunkturellen Schwächephasen, sondern fast ständig. Die Verschuldungsprobleme, mit denen die USA, die Eurozone und Japan zu kämpfen haben, sind das Ergebnis dieser Politik der dauerhaften Geschenke auf Kosten künftiger Generationen. Auch in der Geldpolitik dominiert bis heute in vielen Währungsräumen eine solche Perspektive. Unvergessen ist die Greenspan'sche Handlungsmaxime des „First things first" (Overtveldt (2009), S. 63), nach welcher der damalige Fed-Chef oft jede kleine Schwächephase des Zyklus mit Liquidität zuflutete und - von den Märkten als „Zauberer" bewundert - die Vorstellung weckte, dass das ohne Blasen auf den Vermögensmärkten und ohne Inflation auf dem Gütermarkt möglich ist. Ersteres wurde bereits durch die Ereignisse der letzten zehn Jahre mit äußerst schmerzvollen Folgen widerlegt, wie es mit Zweiterem bestellt ist, wird die nahe Zukunft zeigen.

Die zweite These ist, dass das kurzfristige Denken keinesfalls auf die Politik beschränkt ist, sondern dass es auch die Ökonomie im Allgemeinen und die Finanzmärkte im Besonderen vielfach beherrschte und immer noch beherrscht. Dass bei börsennotierten Unternehmen die Quartalszahlen im Mittelpunkt stehen, ist zwar verständlich, es besteht aber natürlich keine Garantie, dass aus denen die mittel- und langfristige Leistungsfähigkeit des Unternehmens ablesbar ist. Eine ausschließliche

Fokussierung auf solche Zahlen wurde in den letzten Jahren ausführlich in der Governance-Literatur thematisiert und kann mikroökonomisch unterschiedlich gewertet werden. Interessant sind aber auch und vor allem die makroökonomischen Konsequenzen solcher Einstellungen, die erst in der gegenwärtigen Krise deutlich geworden sind. In der Presse liest man in den vergangenen Jahren wiederholt, dass „die Märkte“ auf Zinssenkungen oder auf die verschiedenen Etappen des „Quantitative Easing“ regelmäßig euphorisch reagieren bzw. abstürzen, wenn solche Schritte wider Erwarten nicht kommen. Ähnlich häufig ist zu lesen, dass Konjunkturprogramme bejubelt werden, während fiskalische Instrumente à la Schuldenbremse oder Fiskalpakt als „austerity“ mit Skepsis registriert werden. Beides, das Herbeiwünschen von noch mehr billigem Geld von der Zentralbank bzw. von schuldenfinanzierten Ausgabenprogrammen, erweckt den Eindruck, dass sich die Märkte wohl an diese kurzfristigen „Wohltaten“ so sehr gewöhnt haben, dass ihr Entzug panikartig gefürchtet wird, obwohl bei Nichtaufgabe dieser Politik langfristig Inflation in Kombination mit Schuldenbergen sicher sind. „Verstehen Finanzmärkte Ordnungspolitik?“ (Wohlgemuth (2011)) ist also eine mehr als berechtigte Frage.

3. Ist eine Rückkehr zur Langfristorientierung möglich?

Sieht man sich mit dieser Phalanx aus Akteuren konfrontiert, die sich (bewusst oder unbewusst) ein extrem kurzfristiges Denken zueigen machen, ist die Vorstellung eines anders gelagerten Verhaltens vielleicht illusorisch. Aber es lohnt sich, unterschiedliche Quellen auszumachen, die gegen die obige Logik sprechen und die, falls richtig kommuniziert, möglicherweise ein Umdenken bei einigen Akteuren bewirken können. Wie nun gezeigt werden soll, ist die Kurzfristigorientierung keineswegs „alternativlos“.

3.1 Ordnungspolitik

Aus der Krisenhaftigkeit der 1930er Jahre entstand nicht nur das Keynes’sche Denken, sondern - für die angelsächsische Welt zunächst etwas verborgen - auch der deutsche Ordoliberalismus. Gerade um dem wirtschaftspolitischen Chaos der späten Weimarer Republik und der NS-Zeit einen Gegenentwurf entgegenzusetzen, konzipierte die Freiburger Schule die Ordnungspolitik als eine Politik, die den Staat nicht der Passivität verschreibt, ihn aber gleichzeitig dem Interventionismus entreißen

will. Wie dieser Staat beschrieben werden kann und was er genau unternehmen soll, darüber herrscht in der Freiburger Schule und ihrem Umfeld kein Konsens. Es lassen sich mindestens drei Leitbilder herausarbeiten, die man jeweils aus dem Werk von Walter Eucken, Friedrich August von Hayek und Wilhelm Röpke extrahieren kann. Hier sind die drei Bilder lediglich in kompakter Form wiederzugeben werden und sollen nur als Inspiration dienen, ohne in allen Details erörtert werden zu können (vgl. Kolev (2011)).

Die zentrale Gemeinsamkeit zwischen den drei Autoren ist eine Figur, die sie sich zueigen machen und die für die Staatsverständnisse fundamental ist. Es handelt sich um das Modellieren der Ökonomie als Spiel. Liberal an diesem Konzept ist, dass die Spielzüge von den privaten Akteuren getätigt werden, ordoliberal daran ist, dass die Spielregeln die primäre Staatsaufgabe schlechthin sind. Diese Trennbarkeit von Spielzügen und Spielregeln ist etwas, was in der Ökonomik seit Adam Smith angelegt ist, allerdings in dieser Deutlichkeit erst nach der Großen Depression herausgearbeitet wird, und zwar neben Freiburg im Chicago der „Old Chicago"-Schule (vgl. Köhler/Kolev (2011)). Obwohl dieses Denken im „rule-of-law"-Paradigma der angelsächsischen Welt verwurzelt ist, fällt es vielen angelsächsischen Ökonomen schwer, seinen Kern zu erkennen. Obwohl Keynes für Hayeks „Road to Serfdom" voll des Lobes ist, kritisiert er gerade die darin enthaltenen ordoliberalen Ansätze als unscharf (vgl. Keynes (1944), S. 385-388)). Dieses Unverständnis gegenüber dem Denken in Ordnungen und den ihnen zugrundeliegenden Regeln zeigt sich bis heute: In der Phase schwachen Wirtschaftswachstums wurde das Denken in Ordnungen ausgerechnet als die zentrale Quelle mangelnder Anpassungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft ausgemacht (vgl. Krugman (1999)).

Solchem ablehnenden Unverständnis kann möglicherweise begegnet werden, indem man greifbare Leitbilder anbietet, die den Kern der ordoliberalen Staatsverständnisse veranschaulichen und so den Mythos eines seltsamen deutschen Sonderweges ein Stück weit entzaubern. Euckens Staat lässt sich durch das Bild eines Schiedsrichters verdichten, der für die Einhaltung der langfristig angelegten Regeln des Spiels sorgt und außerdem Vermachtungen im Spiel verhindert, indem er den Wettbewerb schützt und fördert. Hayeks Staat ist etwas anders gelagert, er kann als Gärtner eines englischen Gartens beschrieben werden, der das spontane Wachstum der miteinander interagierenden Elemente des Gartens ermöglicht. Bei den Interaktionen handelt es sich um die Prozesse der interpersonellen und intertemporalen

Wissensteilung, die für Hayeks katallaktisches Spiel der Ökonomie die zentrale Rolle spielen. Röpkes Spielverständnis ergänzt die ordoliberale Perspektive, indem er „unterhalb“ des Spielfeldes blickt und die Frage stellt, inwieweit das Fundament des Spielfeldes, auf dem die Privaten spielen und der Staat die Regeln setzt, überhaupt stabil ist. Da für ihn eine solche Stabilität nicht immer als gesichert angesehen werden kann, ist Röpkes Staat als Statiker zu sehen, der damit betraut ist, die Säulen der freiheitlichen Ordnung zu beaufsichtigen und zu stabilisieren, also Voraussetzungen auf individueller und interpersoneller Ebene - in Kooperation mit den privaten Akteuren - zu gewährleisten (vgl. Kolev (2012), S. 49-52).

Was haben diese Varianten des mit Ordnungspolitik betrauten Staates gemeinsam? Es ist mehr als nur die Spielregeln-Spielzüge-Metapher. Was den Ordoliberalismus im eigenen Selbstverständnis vom Interventionismus unterscheidet, ist die Vorstellung, dass ordoliberale Regelsetzung nicht nur nicht als freiheitsberaubende Intervention, sondern geradezu als freiheitsermöglichende Grundlegung für die freiheitliche Ordnung zu sehen ist. Die Voraussetzung dabei ist, dass der Schiedsrichter-Gärtner-Statiker-Staat durch den allgemeinen Charakter seiner Regeln nicht einzelne Elemente bevorzugt und dass außerdem seine Regelsetzung langfristig angelegt ist. Ordnungspolitik ist bei Eucken konstituierend durch das Prinzip einer „Konstanz der Wirtschaftspolitik“ gekennzeichnet (vgl. Eucken (1952/2004), S. 285-289). Falls sich der Staat diesem Prinzip nicht anschließt und stattdessen eine „nervöse Unrast der Wirtschaftspolitik“ (Eucken (1952/2004), S. 288) an den Tag legt, werden die Unternehmer verunsichert und die relativen Preise der Ökonomie verzerrend destabilisiert, so dass sich die Investitionsneigung entscheidend abschwächt. Eine solche Investitionsschwäche ist für Eucken also - in expliziter Abgrenzung zu Keynes’ Diagnose - nicht das Ergebnis von Sättigung im Kapitalismus, sondern das Ergebnis einer interventionistischen Prozesspolitik.

Zusammenfassend kann man also festhalten, dass der ordoliberale Staat - anders als sein keynesianischer Konkurrent - nicht als der Generator des Wachstums in einer Ökonomie zu sehen ist. Das Wachstum speist sich für die Ordoliberalen aus dem Spiel der Privaten, während der Staat lediglich die Voraussetzungen zu schaffen hat, damit dieses Spiel des gegenseitigen Vorteils sich entfalten kann. Damit unter anderem Innovationen möglich sind, womit wir beim zweiten Element unseres Dreiklangs wären.

3.2 Innovationen

Ökonomisches Denken hat stets im Spannungsverhältnis zwischen Statik und Dynamik stattgefunden. Die Gleichgewichtigkeit ökonomischer Handlungen auf Märkten steht dabei auf der einen Seite, der ständige Wandel im Marktprozess auf der anderen. Diese beiden Perspektive finden sich bereits bei Adam Smith, in dessen System die Anpassungsprozesse auf Märkten sowohl Richtung Gleichgewicht (im Sinne der Arbitrage) und auch weg von den Gleichgewichten führen können. Es sind bei Smith die einzelnen Unternehmer („speculative merchants“), die sich zwischen den Sektoren der Ökonomie bewegen, Chancen aufspüren, auf Märkten dazustoßen und sich wieder verabschieden, sobald die Gewinnmöglichkeiten des jeweiligen Marktes erneut durchschnittlich werden (vgl. Smith (1776/1976), S. 126-130). Joseph Alois Schumpeter hat die wohl bekannteste Unternehmer-Theorie dargelegt: Nachdem er sich in seiner Habilitationsschrift von 1908 mit der statischen Welt des allgemeinen Gleichgewichts auseinandergesetzt hat, widmet er sich in der drei Jahre später erschienenen „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ den verschiedenen Facetten unternehmerischer Betätigung. Von Schumpeter haben wir eines der meistzitiertesten Bilder in der Nationalökonomie, das der „schöpferischen Zerstörung“ (vgl. Schumpeter (1942/1976), S. 81-86). Etwas weniger heroisch ist die Marktprozesstheorie, die innerhalb der Österreichischen Schule (zu der Schumpeter traditionell nicht gezählt wird) entsteht. Bei Ludwig von Mises spielt der Unternehmer eine wesentliche Rolle, besonders wenn es um das Aufspüren und Nutzen der permanent vorhandenen Ungleichgewichte auf Märkten geht (vgl. Mises (1949/2007), S. 289-294). Friedrich August von Hayek thematisiert die dynamischen Kräfte des Wettbewerbsprozesses bei der Entdeckung und Nutzung von neuem bzw. von den Akteuren noch nicht verwendetem Wissen und bezeichnet den Wettbewerb deshalb als ein Entdeckungsverfahren von Wissen (vgl. Hayek (1969), S. 249-265).

Was ist das Ziel dieses theoriegeschichtlichen Exkurses? Die Unternehmerbilder darin divergieren zwar wesentlich, allerdings könnten auch zwei Gemeinsamkeiten ausgemacht werden. Innovationen sind erstens ein unverzichtbarer Bestandteil ökonomischer Dynamik und werden zweitens von privaten Akteuren erbracht. Diese wesentliche Quelle des Wachstums (an materiellen Werten und an Wissen) entsteht also im privaten Spiel und trägt dazu bei, dass in einem Prozess von Versuch und Irrtum neue Kombinationen an Produktionsfaktoren ausprobiert werden, von denen einige den Test der Konsumenten bestehen. Unternehmer - trotz der Unterschiede in

den Auffassungen - sind als kaum wegzudenkender Treiber von Entwicklung und Innovation auf Märkten zu sehen.[1]

Innovationen brauchen Vorhersehbarkeit. Während die Invention das Ergebnis eines plötzlichen genialen Einfalls sein kann, ist die Verwertung dieser Invention - also die Innovation im ökonomischen Sinne - meist eine langwierige Angelegenheit. Sie geht sehr wahrscheinlich mit Investitionen einher, und aufwendige Investitionen werden nur getätigt, wenn auch die langfristigen Cashflows rechtlich gesichert sind. Damit Innovationen zustande kommen, ist für die Akteure demnach Planungssicherheit unverzichtbar: Ohne sie wird die Verwertung von Inventionen nur in den Fällen realisiert, in denen schon in der kurzen Frist so viel Ertrag erwartet werden kann, dass die entstandenen Kosten gedeckt wären. Während der Staat mit Milliardenbeträge Forschung und Entwicklung zu fördern sucht, kann er gleichzeitig mit einer erratischen Wirtschaftspolitik ein Vielfaches an privater F&E-Tätigkeit verhindern. Ohne dass hier die Frage geklärt werden kann, ob der Staat solche Dynamik dauerhaft erzeugen kann, bleibt festzuhalten, dass er sehr wohl die Fähigkeit besitzt, Dynamik zu ersticken. Der ordoliberale Staat, der sich wie erläutert einer Konstanz der Wirtschaftspolitik verschreibt, kann in dieser Sicht auf Innovationen als geeignetes Komplement zu privaten Innovationen und damit als Komplement zur privaten Dynamik betrachtet werden. Dynamik kommt hier nicht vom Staat, sondern aus der Tätigkeit der Unternehmer: Deren Handlungen werden - ganz im Sinne des Hayek'schen Gärtners eines englischen Gartens - durch einen prognostizierbaren Staat mittels allgemeiner und langfristig angelegter Regeln kultiviert, ohne dass sich der Staat das Wissen anmaßt, den einzelnen Unternehmer zu kontrollieren.

3.3 Nachhaltigkeit

Der dritte Begriff im Dreiklang des Papiers ist die Nachhaltigkeit, ein Begriff, um dessen Gebrauch im öffentlichen Raum eine besondere Inflation betrieben wird. Dass etwas „nachhaltig" ist, heißt heute häufig, dass es einfach gut ist. Somit hat der Begriff eine ähnliche Evolution durchlaufen wie der Begriff „sozial", durch den viele Beteiligte im öffentlichen Diskurs alle möglichen positiven Eigenschaften des zu

[1] Dies gilt nicht nur im ökonomischen Kontext. Auch im politischen Prozess werden Innovationen benötigt, um die Problemlösungskapazität der Gesellschaft zu erhöhen. Diese können von politischen Unternehmern „oben" (im Sinne der repräsentativen Demokratie) oder von dezentralen Mechanismen „unten" (im Sinne einer aktiven Bürgergesellschaft) erwartet werden.

beschreibenden Objekts kennzeichnen. Damit aber der Begriff der Nachhaltigkeit nicht dem Schicksal der Sinnentleerung wie im Falle des „sozial“ anheimfällt, wird hier ein Definitionsversuch gewagt, der an die klassische Definition anknüpft und gleichzeitig den Versuch einer Operationalisierung für die Wirtschaftspolitik versucht.

Bekanntlich stammt der Begriff der Nachhaltigkeit aus der Forstwirtschaft, in der damit eine Bewirtschaftung gemeint wird, die trotz Nutzung des Waldes seine dauerhafte Existenz sichert. Der Fokus ist dabei eindeutig auf die lange Sicht gelegt, d.h. es handelt sich um eine Ausweitung oder Streckung des Erwartungshorizonts über die zu bedenkenden Konsequenzen. Da der Begriff über die Umweltbewegung in den politischen Gebrauch fand, wurde er zunächst als ein „linker“ Begriff gesehen. Allerdings ist das sehr missverständlich. Genauso wie Umweltschutz auch ein konservatives und liberales Thema ist, ist das Thema der Nachhaltigkeit eines, welches für die politischen Richtungen übergreifend gilt. In seiner Ausrichtung auf die lange Frist fällt die Parallelität zum Konzept der Ordnungspolitik geradezu ins Auge, und so wurde bereits über eine „grüne Ordnungsökonomik“ debattiert (vgl. Gerken/Schick (2000)). Dieser Beitrag versucht, eine Brücke zu jeweils einem Aspekt im Werk von Walter Eucken und Friedrich August von Hayek zu schlagen, um aufzuzeigen, auf welche Weise der Begriff in ihr Gedankengebäude passt.

Für Euckens Wettbewerbsordnung hat das Prinzip der Haftung eine geradezu elementare Rolle (vgl. Eucken (1952/2004), S. 279-285). Der Satz „Wer den Nutzen hat, muss auch den Schaden tragen“ (Eucken (1952/2004), S. 279) macht den Kern dieses Prinzips aus, das in den der heutigen Krise vorausgegangenen Jahrzehnten nur zu häufig verletzt wurde (vgl. Kolev/Zweynert (2011)). Das Übernehmen der positiven und negativen Konsequenzen des eigenen Handelns kann zu einzelnen Zeitpunkten, aber auch im Zeitverlauf thematisiert werden, und mit Letzterem kommt die Nachhaltigkeit ins Spiel. Nachhaltigkeit kann als eine Art „intertemporale Haftung“ gesehen werden, also als das Bestreben, eine intertemporale Äquivalenz beim Träger von Nutzen und Schaden herzustellen. Wer durch seine Handlungen kurzfristige Vorteile erwirbt, dies aber mit langfristigen Nachteilen einhergeht, sollte im Sinne der intertemporalen Haftung auch für Letztere aufkommen, statt sie unberücksichtigt zu lassen oder der Allgemeinheit anzulasten. Damit verbunden erscheint Euckens regulierendes Prinzip der Wirtschaftsrechnung (vgl. Eucken (1952/2004), S. 301-303), bei dem er (in heutiger Sprache ausgedrückt) das Problem externer Effekte thematisiert und deren Internalisierung erörtert, im Übrigen auch am

Beispiel unnachhaltig wirtschaftender Waldbesitzer. Die Nachhaltigkeit kann also als Ergänzung von Euckens Prinzipien Haftung und Wirtschaftsrechnung gesehen werden, die diese Prinzipien aus dem statischen Kontext herauslöst und eine dynamische Perspektive auf sie bietet.

In Hayeks Werk kommt der Begriff der Nachhaltigkeit ebenfalls nicht explizit auf, aber es lassen sich durchaus Brücken bauen. Besonders naheliegend sind sie, wenn man sein Frühwerk auf dem Gebiet der Kapital- und Konjunkturtheorie betrachtet, die man heute auch Austrian Business Cycle Theory (ABCT) nennt. Im Kern dieser Theorie steht die Frage, inwieweit Kapitalbildung in den einzelnen Sektoren der Ökonomie dauerhaft zu einer höheren Produktivität beiträgt. Falls die Zinssätze durch die Politik der Zentralbanken und/oder der Geschäftsbanken unter den so genannten natürlichen Zins fallen, wird die Illusion erzeugt, dass Kapital weniger knapp geworden ist, so dass in den besonders zinsempfindlichen Sektoren übermäßig viele Investitionen getätigt werden. Da diese Investitionen zunächst unfreiwillig auf Kosten der konsumnahen Sektoren gehen müssen, nennt sie Hayek „Zwangssparen", welches vom freiwilligen Sparen strikt zu unterscheiden ist (vgl. Hayek (1929/1976), S. 131-136). Die durch „Zwangssparen" zustande gekommenen übermäßigen Investitionen sind in der ABCT nicht dauerhaft aufrechtzuerhalten, da das Kapital in der Ökonomie nicht ausreicht, um proportional zu ihnen auch die konsumnäheren Sektoren aufzurüsten, so dass die Folge des mit Zwangssparen finanzierten Booms eine Krise sein muss. Heute würde man solche Fehlinvestitionen Blasen nennen, mit deren Platzen die USA sowie die Länder in Südeuropa momentan schwer zu kämpfen haben. Im Hinblick auf das Konzept der Nachhaltigkeit kann man Hayeks Unterscheidung zwischen freiwilligem Sparen und Zwangssparen sehr gut nutzen: Nur freiwillig gebildete Ersparnisse führen zu nachhaltig aufrechterhaltbaren Investitionen, da diese Investitionen mit tatsächlich vorhandenem Kapital hinterlegt sind, während die Prozesse des Zwangssparens diese Eigenschaft nicht aufweisen und langfristig zusammenbrechen müssen. Die Frage ist also, ähnlich wie bei Eucken, mit welchem Kalkül die wirtschaftlichen Handlungen - hier die Entscheidungen bezüglich Investitionsobjekte - getroffen werden und welcher Zeithorizont bei der Entscheidungsfindung bedacht wird. Hayeks zentrales konjunkturpolitisches Plädoyer besteht darin, den Staat dazu zu bewegen, durch seine Geldpolitik keine Anreize für unnachhaltiges Investitionsverhalten zu setzen,

sondern vielmehr die Prozesse innerhalb des Kapitalstocks unverfälscht dem katallaktischen Spiel der Privaten zu überlassen.

4. Fazit und Ausblick: Der Dreiklang und die Krise

Bisher wurde in diesem Beitrag die These aufgestellt, dass die gegenwärtige Krise auch das Produkt einer omnipräsenten Kurzfristorientierung in Politik und Ökonomie ist, was zu der Frage führte, welche Konzepte einer solchen Orientierung entgegengestellt werden können. Dies geschieht keineswegs im Glauben an einen wie auch immer gearteten Paternalismus, bei dem der Autor besser als alle anderen weiß, welche Fristigkeit „die richtige“ sei. Der Grund für das vorliegende Plädoyer für eine Fristentransformation ist die Kombination aus den Erfahrungen der Krise und der theoretischen Begründung durch die Ordnungsökonomik, denn sowohl die Empirie als auch die Theorie machen die Gefahren und Kosten einer myopischen Sicht auf Politik und Wirtschaft deutlich.

Wir leben seit einigen Jahren in einer Situation des wirtschaftspolitischen Ausnahmezustandes (vgl. Wohlgemuth (2009), S. 219-220), in der die Pluralität des ökonomischen Denkens wieder sichtbar geworden ist. Die Ordnungsökonomik hat dabei keinen leichten Stand, sind ihre universitären Positionen und Ressourcen doch größtenteils ausgetrocknet. Besteht eine berechtigte Hoffnung, dass dieser „altmodische“ Ansatz einen Beitrag zu Diagnose und Therapie in der momentanen Krise bringt? „Eucken, der Eindruck drängt sich auf, ist tot“ schrieb zwar Hajo Riese bereits Anfang der 1970er Jahre (Riese (1972), S. 32), aber nicht minder tot sind natürlich auch Smith, Marx, Keynes und Hayek. Trotzdem hat die momentane Krise einen neuen Hunger nach solchen Klassikern ökonomischen Denkens erzeugt. In diesem Beitrag war das Ziel, unterschiedliche argumentative Stränge aufzuzeigen, die deutlich machen, dass ökonomische Dynamik, wenn sie aus individuellen Innovationen entsteht und mit individuellen Ressourcen ausgestattet ist, sehr wohl nachhaltig sein kann. Der Staat wurde hierbei explizit nicht als Generator solcher Dynamik verstanden, denn die dem demokratischen Staat eigene kurzfristige Logik ist hierfür nicht hilfreich. Der Staat kann zur Langfristorientierung beitragen, wenn er durch Selbstbindungen - wie glaubhaft signalisiert, dass er sich einer langfristig vorhersehbaren Ordnungspolitik verschrieben hat. Der Staat ist also kein Generator von Dynamik, im Gegenteil, er ist ein Stabilisator, der statische Gegenpart zum dynamischen Markt.

Keynes und Hayek waren lebenslange Rivalen um die bessere politische Ökonomie, ihre Debatten und deren Nachhall haben das ökonomische Denken des 20. Jahrhunderts ganz wesentlich geprägt (vgl. Wapshott (2011), S. 285-296). In einem Punkt waren sie sich aber einig: Es sind die Ideen, die über den künftigen Gang der Geschichte entscheiden. Die gegenwärtige Krise lässt hoffen, dass aus dem neuen Hunger nach grundsätzlichen Debatten theoretische Innovationen hervorgehen, welche Krisen in Zukunft weniger wahrscheinlich und weniger tief werden lassen. Damit wir dabei nicht das Rad stets neu erfinden, wäre immer wieder ein Blick in die Geschichte des ökonomischen Denkens hilfreich. Dieser Beitrag widmete sich einem einzelnen Aspekt der Krisendiagnose und hofft damit, die vielen Probleme und die Nicht-Alternativlosigkeit kurzfristigen Denkens in der Wirtschaftspolitik aufgezeigt zu haben. Dieses Anliegen ist keineswegs neu. Einer der großen Ökonomen des 19. Jahrhunderts, Léon Walras, hat bereits den Satz geprägt, dass eine Ökonomie wünschenswert ist, in welcher die Priorität nicht auf das Pflanzen von Möhren, sondern auf das Pflanzen von Nussbäumen gelegt ist (zitiert nach Starbatty (2010), S. 24). Genau in diesem Sinne sind die vorliegenden Zeilen zu verstehen.

Literaturverzeichnis

- Eucken, Walter (1952/2004): Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 7. Auflage, Tübingen
- Gerken, Lüder / Gerhard Schick (Hrsg.) (2000): Grüne Ordnungsökonomik: Eine Option moderner Wirtschaftspolitik?, Marburg
- Hayek, Friedrich August von (1929/1976): Geldtheorie und Konjunkturtheorie, 2. Auflage, Salzburg
- Hayek, Friedrich August von (1941): The Pure Theory of Capital, Chicago
- Hayek, Friedrich August von (1969): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren, in: Freiburger Studien, Tübingen, S. 249-265.
- Keynes, John Maynard (1923): A Tract on Monetary Reform, London
- Keynes, John Maynard (1944): Letter to Professor F. A. Hayek, 28 June 1944, in: Vol. 27 of the Collected Writings of John Maynard Keynes, Cambridge, S. 385-388.
- Köhler, Ekkehard / Stefan Kolev (2011): The Conjoint Quest for a Liberal Positive Program: "Old Chicago", Freiburg and Hayek, HWWI Research Paper 109
- Kolev, Stefan (2011): Neoliberale Leitideen zum Staat. Die Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik im Werk von Walter Eucken, Friedrich August von Hayek, Ludwig von Mises und Wilhelm Röpke, Hamburg
- Kolev, Stefan (2012): Nicht wie viel Staat, sondern welcher Staat, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 131 (1/2012), S. 48-52.
- Kolev, Stefan / Joachim Zweynert (2011): Haftung, in: Hasse, R., H. Schneider, K. Weigelt (Hrsg.): Lexikon Soziale Marktwirtschaft, http://www.kas.de/wf/de/71.10198
- Krugman, Paul (1999): Why Germany Kant Kompete, in: Fortune vom 19. Juli 1999
- Overtveldt, Johan van (2009): Bernanke's Test. Ben Bernanke, Alan Greenspan and the Drama of the Central Banker, Chicago
- Riese, Hajo (1972): Ordnungsidee und Ordnungspolitik - Kritik einer wirtschaftspolitischen Konzeption, in: Kyklos 25/1, S. 24-48.
- Schumpeter, Joseph Alois (1942/1976): Capitalism, Socialism and Democracy, 3. Auflage, New York
- Skousen, Mark (1990): The Structure of Production, New York
- Smith, Adam (1776/1976): An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Cannan-Ausgabe, Chicago
- Starbatty, Joachim (2010): Was macht die Wirtschaft menschlich? (2. Wilhelm-Röpke-Vorlesung), in: Rieter, Heinz / Joachim Zweynert (Hrsg.): Wort und Wirkung. Wilhelm Röpkes Bedeutung für die Gegenwart, 2. Auflage, Marburg
- Wapshott, Nicholas (2011): Keynes Hayek. The Clash that Defined Modern Economics, New York

- Wohlgemuth, Michael (2009): Die politische Ökonomie des Ausnahmezustandes, in: Wirtschaftsdienst 4/2009, S. 219-223.
- Wohlgemuth, Michael (2011): Verstehen Finanzmärkte Ordnungspolitik?, Blogeintrag bei wirtschaftlichefreiheit.de vom 18. August 2011

Ordnungspolitische Diskurse
Discourses in Social Market Economy

2007 – 1 Seliger, Bernhard; Wrobel, Ralph – Die Krise der Ordnungspolitik als Kommunikationskrise

2007 – 2 Sepp, Jüri - Estland – eine ordnungspolitische Erfolgsgeschichte?

2007 – 3 Eerma, Diana; Sepp, Jüri - Competition Policy's Role in Network Industries - Regulation and Deregulation in Estonia

2007 – 4 Claphman, Ronald - Welche Bedeutung haben nationale Wirtschaftsordnungen für die Zukunft der EU? Der Beitrag der sozialen Marktwirtschaft

2007 – 5 Strunz, Herbert – Staat, Wirtschaften und Governance

2007 – 6 Jang Tae-Seok - South Korea's Aid to North Korea's Transformation Process - Social Market Perspective

2007 – 7 Libman, Alexander - Big Business and Quality of Institutions in the Post-Soviet Space: Spatial Aspects

2007 – 8 Mulaj, Isa - Forgotten Status of Many: Kosovo's Economy under the UN and the EU Administration

2007 – 9 Dathe, Uwe - Wettbewerb ohne Wettbewerb? Über die Bedeutung von Reformen im Bildungswesen für die Akzeptanz der Wettbewerbsidee

2007 – 10 Noltze, Karl - Die ordnungspolitische Strategie des Landes Sachsen

2008 – 1 Seliger, Bernhard - Die zweite Welle – ordnungspolitische Herausforderungen der ostasiatischen Wirtschaftsentwicklung

2008 – 2 Gemper, Bodo Rheinische Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft: Charakter zeigen im Aufbruch

2008 – 3 Decouard, Emmanuel - Das „Modèle rhénan" aus französischer Sicht

2008 – 4 Backhaus, Jürgen - Gilt das Coase Theorem auch in den neuen Ländern?

2008 – 5 Ahrens, Joachim - Transition towards a Social Market Economy? Limits and Opportunities

2008 – 6 Wrobel, Ralph - Sonderwirtschaftszonen im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftssysteme: ordnungspolitisches Konstrukt oder Motor institutionellen Wandels?

2009 – 1 Wrobel, Ralph - The Double Challenge of Transformation and Integration: German Experiences and Consequences for Korea

2009 – 2 Eerma Diana; Sepp, Jüri - Estonia in Transition under the Restrictions of European Institutional Competition

2009 – 3 Backhaus, Jürgen - Realwirtschaft und Liquidität

2009 – 4 Connolly, Richard - Economic Structure and Social Order Type in Post-Communist Europe

2009 – 5 Dathe, Uwe – Wie wird man ein Liberaler? Die Genese der Idee des Leistungswettbewerbs bei Walter Eucken und Alexander Rüstow

2009 – 6 Fichert, Frank - Verkehrspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft

2009 – 7 Kettner, Anja; Rebien, Martina – Job Safety first? Zur Veränderung der Konzessionsbereitschaft von arbeitslosen Bewerbern und Beschäftigten aus betrieblicher Perspektive

2009 – 8 Mulaj, Isa – Self-management Socialism Compared to Social Market Economy in Transition: Are there Convergent Paths?

2009 – 9 Kochskämper, Susanna - Herausforderungen für die nationale Gesundheitspolitik im Europäischen Integrationsprozess

2009 – 10 Schäfer, Wolf – Dienstleistungsökonomie in Europa: eine ordnungspolitische Analyse

2009 – 11 Sepp, Jüri – Europäische Wirtschaftssysteme durch das Prisma der Branchenstruktur und die Position der Transformationsländer

2009 – 12 Ahrens, Joachim – The politico-institutional foundation of economic transition in Central Asia: Lessons from China

2009 – 13 Pitsoulis, Athanassios; Siebel, Jens Peter – Zur politischen Ökonomie von Defiziten und Kapitalsteuerwettbewerb

2010 – 01 Seliger, Bernhard – Theories of economic miracles

2010 – 02 Kim, GiEun - Technology Innovation & Green Policy in Korea

2010 – 03 Reiljan, Janno - Vergrößerung der regionalen Disparitäten der Wirtschaftsentwicklung Estlands

2010 – 04 Tsahkna, Anna-Greta, Eerma, Diana - Challenges of electricity market liberalization in the Baltic countries

2010 – 05 Jeong Ho Kim - Spatial Planning and Economic Development in Border Region: The Experiences of Gangwon Province, Korea

2010 – 06 Sepp, Jüri – Ordnungspolitische Faktoren der menschlichen Entwicklung

2010 – 07 Tamm, Dorel - System failures in public sector innovation support measures: The case of Estonian innovation system and dairy industry

2010 – 08 Clapham, Ronald - Wirtschaftswissenschaft in Zeiten der Globalisierung

2010 – 09 Wrobel, Ralph - Geldpolitik und Finanzmarktkrise: Das Konzept der „unabhängigen Zentralbank“ auf dem ordnungspolitischen Prüfstand

2010 – 10 Rutsch, Andreas; Schumann, Christian-Andreas; Wolle, Jörg W. - Postponement and the Wealth of Nations

2010 – 11 Ahrens, Joachim; Jünemann, Patrick - Transitional Institutions, Institutional Complementarities and Economic Performance in China: A ‘Varieties of Capitalism’ Approach

2010 – 12 Kolev, Stefan; Der bulgarische Weg seit 1989, Wachstum ohne Ordnung?

2011 – 1 Wrobel, Ralph – Energiewende ohne Markt? Ordnungspolitische Perspektiven für den deutschen Stromsektor

2011 – 2 Rõigas, Kärt – Linkage between productivity and innovation in different service sectors

2011 – 3 Sepp, Jüri – Institutionelle Innovationen im Infrastrukturbereich: Beispiel Post in Estland

2011 – 4 Effelsberg, Martin – Measuring absorptive capacity of national innovation systems

2011 – 5 Jänsch, Janina – Die Anrechnung natürlicher und anthropogener Effekte auf terrestrische Ökosysteme im Rahmen des Kyoto-Protokolls

2011 – 6 Platje, Joost – Institutional Change for Creating Capacity and Capability for Sustainable Development – a club good perspective

2011 – 7 Tamm, Dorel; Ukrainski, Kadri – Functional Approach to National Systems of Innovation: The Case of a Small Catching-up Country

2011 – 8 Nusser, Michael – Optionen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit von Innovationssystemen

2012 – 1 Kolev, Stefan – Wider die „Après nous le déluge “-Logik. Ordnungspolitik, Innovation und Nachhaltigkeit

Herausgeber:

Prof. Dr. Stefan Kolev - Erfurt
PD Dr. habil. Bernhard Seliger – Seoul
Prof. Dr. Ralph M. Wrobel – Zwickau

www.Ordnungspolitisches-Portal.de